

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Postgeld.
10 Pf. [Anwerter] Nr 624

Berlin

DONNERSTAG, 29. DEZEMBER 1932

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Auszuge-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26 ABEND-AUSGABE

Das Abkommen von Berlin

Elastische Gestaltung des Handelsvertrags mit Frankreich

Das Jüdischenabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag, dessen Inhalt endlich auch der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt wird, bringt mehr als eine bloße Ergänzung und Änderung des bisherigen Vertragsverhältnisses. Die mannigfachen Kompensationen, die sich durch die Verwertung der internationalen Wirtschaft und Politik ergeben hatten, liegen die Gefahr einer Vertragsauflösung und damit eines völlig unübersichtlichen Schwebespielfeldes zwischen beiden Ländern in greifbarer Nähe rücken. Durch den beiderseitigen Willen, geregelte und dauernde Beziehungen zueinander aufrecht zu erhalten und für die Wünsche des Partners Verständnis aufzubringen, ist diese Gefahr glücklich abgewendet worden. Man geht in politischen Kreisen soweit, den neuen Handelsvertrag von Berlin nach der Reparationsvereinbarung von Lausanne und nach dem Abhängigkeitsabkommen von Genf als den dritten großen Fortschritt in den deutsch-französischen Beziehungen, den das Jahr 1932 gebracht hat, zu bezeichnen.

Ueber diese grundsätzliche Bedeutung hinaus stellt auch der Inhalt des neuen Vertrages etwas völlig Neues dar. Zum erstenmal ist der positive Versuch gemacht worden, das System der Weichbegünstigung, das den Wiedereinkauf der

Weltwirtschaft nach dem Kriege so sehr gefährdet hat, danach aber von immer mehr Ländern, mehr als jeher, durch den Vorteil empfunden wurde, den veränderten Verhältnissen anzupassen. Man hat sich unter Aufrechterhaltung des Prinzips über Ausnahmen von der Weichbegünstigung einigigt, also über das Fest, im Einzelnen und mit dem Partner wirtschafts- oder handelspolitische Sonderregelungen in bestimmten Ländern zu treffen, ohne daß diese automatisch auf alle anderen weichbegünstigten Staaten angewandt werden müßten.

Damit hoffen Deutschland und Frankreich, ihre handelspolitische Bewegungsfreiheit nennentlich zugunsten der Straße und Genf geplanten regionalen Gruppenverträge (Präferenzen) zurückzugewinnen. Darüber hinaus sind die Zollbindungen, d. h. die vertragliche Festlegung auf bestimmte Höchstzölle, die bisher starke Bestandteile des ganzen Handelsvertrags waren, elastisch gestaltet worden. Einzelne Zollbindungen können unter bestimmten Voraussetzungen aufgekündigt werden, ohne den Handelsvertrag als solchen zu berühren.

*

(Ueber die Auswirkungen dieser Abreden berichtet wir im Handelsteil.)

Unser Pfund

Von
JULES MENKEN

Der Verfasser, früher Privatskribler Lloyd Georges, gibt hier für deutsche Leser eine Darstellung, wie die Wertminderung des englischen Pfundes vom einzelnen Engländer empfunden wird. Da die Verhältnisse in Deutschland, das aller materiellen und seelischen Reserven entblößt ist, sich anders entwickelt hätten, braucht kaum noch einmal wiederholt zu werden.

England hat den Goldstandard am 21. September 1931 aufgegeben. Sage und Waden vorher lag über dem Lande die Atmosphäre drohenden Unheils. Selbst in unterrichteten und recht verantwortlichen Kreisen wurden erstaunliche Befürchtungen geäußert. Was würden die Folgen eines so ungewöhnlichen Schrittes sein? Würde eine Panik ausbrechen? Sind die Warenmärkte auszuweichen? Würden wir unseren Handel aufrechterhalten und vom Ausland die Abhängigkeit-Quaranten herbeibringen können, von denen unsere Existenz abhängt? Viele Leute glaubten, daß Notmaßnahmen erforderlich sein würden, um der Lage Herr zu werden. Niemand mußte im voraus, wie sich die Dinge wirklich entwickeln würden.

Die vollzogene Tatsache wurde fast allgemein mit einem Gefühl der Enttäuschung begrüßt. Die Verantwortlichsten, die für die Währung verantwortlich sind, waren naturgemäß nicht und bekümmert darüber, daß ihre Bemühungen, das Pfund auf seiner Vorkriegsparität mit dem Dollar zu halten, schließlich doch gescheitert waren. Die City mit ihren umfassenden und weitesten finanziellen Verbindungen und Verpflichtungen hatte ihre besonderen Sorgen angefaßt der unzähligen Anpassungsmaßnahmen, die durch die Aufgabe des Goldstandards notwendig wurden. Aber diese Befürchtungen waren die Ausnahme. Tatsächlich freudlosere als anderen darüber, daß die bestehende Lage schließlich doch zerfallen war. Um das zu verstehen, ist es notwendig, sich zu erinnern, daß die Rückkehr zu der Vorkriegsparität des Pfundes im April 1925 stets außerordentlich unpopulär in den Kreisen der Substrite, bei den Gewerkschaften und in der ganzen Labour party war und daß sie auch von vielen anderen kompetenten Beurteilern beanstandet wurde. (N. D. 11.) So war die Empfindung dieser Kreise, haben wir die goldene Freiheit doch abgetreut, ist uns jedes lange Jahre Sorge gemacht haben!

Die Abkehr vom Gold hat natürlich ungeheuer ernste Folgen gehabt und viele komplizierte Probleme aufgeworfen. Die Massen des Volkes aber, die ohne ernste geistliche Sorgen und ohne unmittelbare Beteiligung an der Verantwortlichkeit für das politische Geschehen dahinschliefen, die gestaltete sich der normale Tageslauf kaum anders. Nicht einmal in der Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen gab es eine nennenswerte Veränderung. In dem Umkreis der Aufgabe des Goldstandards wurde die Zahl der Beschäftigten auf 25,4 Millionen geschätzt; ein Jahr davor betrug die Zahl 29,04 Millionen. Während des dritten Jahresjahres 1931 wurden durchschnittlich 2,734 Arbeitslose gezählt, zur gleichen Zeit dieses Jahres 2,843 Millionen Arbeitslose.

Ungleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten nicht gestiegen, sondern weiter gesunken. Der Index des Arbeitsministeriums stand im November bei 143 gegenüber 146 vor einem Jahr und 145 im September 1931 vor der Aufgabe des Goldstandards. Die Veränderungen der Preise im einzelnen sind außerordentlich. Der Preis für Fleisch ist häufig gefallen. Butter, Margarine und Kartoffeln sind billiger heute als vor einem Jahr. Brot allerdings ist etwas im Preise gestiegen; der Preis für Brot ist nicht gehalten, denn im November dieses Jahres ging der Preis wieder herunter. Tee ist ein bisschen teurer als vor einem Jahr. Milch, Käse auch; die Preissteigerung bei Gieren hat lediglich latente Wirkung.

Es sind aber keineswegs nur die Preise für Lebensmittel gefallen oder haben sich nicht erhöht. Deren Steigerung ist billiger als je. Die Preise für Eisen sind im einzelnen fast billiger als vor einem Jahr und viel billiger als vor zwei Jahren. Pelze sind für diejenigen, die sie besitzen können, auf ein nie dagewesenes Niveau gesunken. Wie die vielen Kleinfleischn, wie Sandhühner, Lippentiere, Fische, sind im Preis stark gefallen oder auch gefallen, so daß es für Frauen jetzt billiger ist, hübsch auszugehen. Bei anderen wichtigen Posten des Haushalts, Mehl und Belegwaren, ist es genau so. Eisenbahn, Unter-

Der gelähmte Kongreß

Folgen der Uneinigkeit der Präsidenten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 29. DEZEMBER

Die persönliche Vermittlung zwischen dem amtierenden und dem kommenden Präsidenten Amerikas wird sich auf die dringlichsten Aufgaben der Regierung so lösend aus, daß in Wirtschaftskreisen eine ernste Besorgnis über die Aktionkraft der Staatsleitung laut wird. Dabei empfinden man die Vertagung der Kriegsgeldwendeabende noch als geringes Übel, da hier ein Zeitgewinn absehbar wirken kann. Die Hauptfrage gilt vielmehr den Staatsfinanzen, für deren Ordnung Roosevelt Hoover ebenfalls seine Mitarbeit nicht zugestimmt hat. Hoovers Vorschlag zur Ausgliederung des Budget-Gesetzes, die mit der Einführung einer allgemeinen gewerblichen Umsatzsteuer gehen und fallen, wurden von Roosevelt verworfen, ohne daß bisher demokratische Gegenstände eingebracht wurden wären.

Angewiesen verbringt der Kongreß, der sogar auf die Weltwirtschaften verzichtet hat, teilweise Zeit auf abzuwarten

der Notwendigkeit. Auf dem Capitol-Hügel ist man äußerst erregt. Republikanische Senatoren haben das Schlagwort erfunden: „Ährend Kom brennt, spielt Roosevelt.“ Ein Drittel der Sitzungsperiode ist mit dem problematischen Viergesell vertriebt worden, dessen Verabschiedung ebenso zweifelhaft ist wie seine Steuererträge.

Da die Budget-Reform nicht sofort in Angriff genommen werden kann, wird auch das Schicksal die geplante Konföderation der schwachen Schuld erst im Frühling durchzuführen können, ebenso wie die Verarmung der hochverzinlichen Kriegsanleihe. Selbst die Hoffnung, daß der neue Kongreß von Frühling bis Spätherbst in Extratagen die aufgeschobenen Arbeiten nachholen wird, findet in Wirtschaftskreisen wenig Glauben.

Roosevelt will in Albany der Entwidlung der Dinge mit vollem Selbstvertrauen zusehen. Es heißt, daß er vom Kongreß unbehagliche Vollmachten für Budget-Abträge nach eigenem Überdünken verlangen will, wobei er wohl in erster Linie auf eine Stärkung der Notenemission, die jetzt ein Viertel des gesamten Staats ausmacht, abzielt.

Der Bund der Freien Wissenschaftlichen Vereinigungen an Deutschen Hochschulen, der seit 1881 für die Freiheit der Lehre und des Lernens eintritt, erhob kürzlich Einspruch gegen jeden Versuch, Lehr- und Berufsfreiheit zu verletzen, und tritt in die Reihen derjenigen, die das Zurückziehen des Versaurektors und Senats vor willigen Habanden vertreten.

In der Bildungs-Sackgasse

Der Dresdener Stadtschulrat Dr. Harnack gibt in einem Aufruf gegen das überlegte Bildungs-wesen folgende Ziffern: 1900 wurden in Deutschland bei 2 Millionen Eltern 8000 Abiturientenzeugnisse erteilt. 1932 wurden 900 000 Kinder geboren und 41 000 Abiturientenzeugnisse ausgehändigt! Aus diesen Ziffern schöpft Harnack den warnenden Schluß: Ein Volk, das nichts Entscheidendes dagegen tut, daß seine Jugend in Ausbildungs-sackgassen frömt, aus denen es keinen Zug in bürgerliche Existenz und Familien-gründung gibt, vernichtet seine eigene Zukunft.

Schreibfreiheit muß verteidigt werden

In unserer Umfrage über das Verhalten des Senats der Universität Breslau im Falle Cohn erhielten wir nach folgende Meinungen:

„Nach preussischer Universitätsverfassung für Professoren-Personalangelegenheiten Senat ebenso unabhängig wie Studenten. Pflicht der Justizsenatrat, gegen beide Schreibfreiheit zu verteidigen. Omnia ius suat, fieri quia posse negabam.“

Professor Dr. J. Jastrow.

Der von Professor Jastrow zitierte lateinische Vers lautet in deutscher Uebersetzung: „Was ich nie ist möglich gehalten, als das wird jetzt Wirklichkeit.“

„Als 15 Jahre in Breslau läng gewesener Ordinarius, der die innere Verbindung weder mit Schülern, noch mit seiner Fakultät oder seiner Alma mater verloren hat, möchte auch ich dem Erstkaun Ausdruck geben über den Versuch der Hofregierung eines Kollegen, der seiner Uebersetzung, und nur dieser, ist nicht unangenehmer Form Worte geliehen hat.“

Professor Dr. Julius Wolf.